

Religiöse Minderheiten in der Türkei und in Deutschland - *am Beispiel der jüdischen Gemeinde in Deutschland*

Stephan J. Kramer

Zunächst einmal möchte ich mich bei dem Veranstalter, der Konrad-Adenauer-Stiftung ganz herzlich für die Einladung zu dieser Konferenz bedanken. Es ist sicherlich nicht selbstverständlich, dass ein Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland hierher eingeladen wird, um das Wort an Sie zu richten, auch wenn das Thema muslimisch-jüdischer Dialog, welches auch ein Stück weit, gleichsam als Überschrift im Hintergrund mit über der Konferenz steht, dem Zentralrat als Repräsentanten der Juden in Deutschland und natürlich auch der Konrad Adenauer-Stiftung schon seit vielen Jahren ein ganz besonderes Anliegen ist.

Was den Zentralrat der Juden in Deutschland betrifft, der ca. 115 000 Juden in Deutschland vertritt, so gehört der muslimisch-jüdische Dialog seit langen Jahren zum festen Bestandteil unserer Arbeit und meiner Arbeit als Generalsekretär des Zentralrats insbesondere. Die Pflege enger Kontakte zu Repräsentanten muslimischer Institutionen wie z.B. dem Zentralrat der Muslime, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) u. a. muslimischen Organisationen gehört nicht nur als Teil des interreligiösen Dialoges zum festen Bestandteil meiner Tätigkeit. Dieser Dialog ist mir aus vielerlei Gründen ein ganz zentrales Anliegen, denn es gibt eine ganze Reihe von Themen, die uns gemeinsam als Minderheiten in der deutschen Gesellschaft angehen, was nicht heißt, und ich will das auch gar nicht verschweigen, dass es nicht auch Trennendes gibt, was auch offen thematisiert werden kann und muss.

Ich freue mich hier unter anderem auch Herrn Ovadya, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in der Türkei zu sehen, mit dem mich eine lange Zusammenarbeit verbindet. Auch mit Herrn Genç und der türkischen Gemeinschaft in Deutschland verbindet uns eine schon seit Jahren existierende, lange Tradition der Zusammenarbeit.

Diese Verbundenheit bewährt sich insbesondere auch dann, wenn es in Deutschland zu fremdenfeindlichen Vorfällen kommt. Als sich am 23. November 2007 der Brandanschlag von Mölln auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser zum 15. Mal jährte, habe ich dort gemeinsam mit Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, anlässlich dieses traurigen Jahrestages einen Kranz niedergelegt und gemeinsam der Opfer dieses Verbrechens gedacht.

Dies habe ich auch deshalb getan, weil unser damaliger

Zentralratspräsident, Ignatz Bubis sel. A., völlig selbstverständlich als der Anschlag 1992 geschah nach Mölln reiste, um dort seiner Solidarität mit den Opfern Ausdruck zu verleihen und den Angehörigen und Freunden die Anteilnahme der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu übermitteln.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Mir liegt daran, Ihnen einen Eindruck davon zu vermitteln, dass trotz vieler Unterschiede die Minderheiten in Deutschland trotz allem Trennenden zusammenstehen und miteinander solidarisch sein sollten. Dies gilt insbesondere für die jüdische und die muslimische Minderheit.

Meine Damen und Herren, der Zentralrat der Juden umfasst heute ca. 115.000 Juden, die in über 100 jüdischen Gemeinden und in 23 Landesverbänden organisiert sind. Diese Zahl beinhaltet jedoch nur die über den Zentralrat organisierten Juden in Bundesrepublik Deutschland. Bezieht man auch die nicht innerhalb des Zentralrats organisierten Juden mit ein, dann kommt man ungefähr auf eine Zahl von 250.000 Juden, die inzwischen in Deutschland leben.

Diese enorm viel höhere Zahl kommt dadurch zustande, dass ein Großteil dieser Menschen in den letzten 16 Jahren aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zugewandert ist. Diese stammen zwar zum größten Teil von jüdischen Vätern, was ihnen zwar im Rahmen des Zuwanderungsprogramms die Möglichkeit gab nach Deutschland einzuwandern, aber andererseits keine Zugehörigkeit zum Judentum nach halachischen – sprich religionsrechtlichen Grundsätzen beinhaltet. Nach diesem Gesetz ist nur derjenige Jude, der entweder von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder vor einem anerkannten Rabbinatsgericht zum Judentum übergetreten ist. Dies ist der

Hintergrund, warum die in offiziellen Statistiken zu findende Zahl von 115.000 Juden täuscht und nicht die tatsächliche Größe der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland widerspiegelt. Hinzu kommt, dass diese Zahl eben nicht nur lediglich die halachischen Juden beinhaltet und diejenigen ausblendet, die lediglich einen jüdischen Vater haben, sie blendet auch die nichtjüdischen Angehörigen der zugewanderten Juden aus, die sich hier in Deutschland oftmals vor eine äußerst schwierige Situation gestellt sehen. Tatsächlich leben heute also rund eine viertel Million Juden in Deutschland.

Meine Damen und Herren, nachdem das Judentum in Deutschland nahezu ausgelöscht wurde, grenzt es an ein Wunder, dass heute in Deutschland wieder ein blühendes jüdisches Leben existiert. Es war der weltberühmte Rabbiner Leo Baeck sel. A., der bis zu seiner Deportation 1943 nach Theresienstadt an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums lehrte, der angesichts der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik einst voraussagte: "Es wird in Deutschland nie wieder ein Judentum geben wie es vor 1933 existiert hat." Und es ist derselbe Rabbiner gewesen, der dann später 1946/47 unter anderem auch wieder in Deutschland gearbeitet hat und - wenn auch mit gemischten Gefühlen – maßgeblich dazu beigetragen hat, wieder eine jüdische Gemeinschaft in Deutschland aufzubauen.

1945 gab es kein deutsches Judentum mehr. Bis auf einen kleinen Teil, der rechtzeitig auswandern konnte, wurden alle Juden in Deutschland und später auch darüber hinaus, in fast ganz Europa, systematisch entrechtet, deportiert und schließlich fabrikmäßig ermordet. Von millionenfach gemordeten jüdischen Frauen, Kindern und Männern ist nichts übrig geblieben als Namen in Archiven, und noch nicht einmal alle Namen sind bekannt geworden.

Seither sind mehr als 60 Jahre vergangen, und in Deutschland leben wieder Juden. Die Zahl der Überlebenden der Shoa wird zwar täglich kleiner - es gibt aber unter uns Nachkriegsgeborene in erster, zweiter, ja dritter Generation und mehr als 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich hier – nicht alle, aber immer mehr – in Deutschland zu Hause fühlen, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen und bereit sind, sich als Deutsche zu betrachten. Angesichts der Vergangenheit ist das geradezu ein Wunder.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zum Zentralrat, den ich hier repräsentiere, sagen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist eine politische Dachorganisation. Wir sind keine religiöse Organisation im engeren Sinne. Und wir sind auch keine orthodoxe Institution, wie häufig fälschlich kolportiert wird. Der Zentralrat versteht sich als Repräsentant der Juden in Deutschland und vertritt das Prinzip der Einheitsgemeinde, d.h. einer Gemeinde, die alle religiösen Denominationen unter einem Dach repräsentiert. Dieses Prinzip hat sich nicht nur intern bewährt und Spaltungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft weitgehend verhindert, es macht auch das politische Agieren einfacher. Dies gilt auch für staatliche Institutionen, die sich an den Zentralrat wenden.

Diese haben mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland einen Ansprechpartner, der - lassen Sie es mich etwas flapsig ausdrücken - sozusagen „den Laden zusammenhält“, der verbindliche Erklärungen abgibt, der strukturiert, organisiert und als Ansprechpartner in der Lage ist, verbindliche Erklärungen abzugeben oder Verträge zu schließen.

Mit diesem Wunsch nach einem einheitlichen Ansprechpartner ist

auch die muslimische Gemeinschaft in Deutschland konfrontiert. Sicher ist Ihnen bekannt, dass derzeit über die Deutsche Islamkonferenz von Seiten der Bundesregierung versucht wird, den Dialog mit den Muslimen in Deutschland institutionell zu kanalisieren und damit das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den hier lebenden Muslimen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. In diesem Kontext stand auch die Gründung des Koordinierungsrates der Muslime im März 2007. In dieser Hinsicht ähnelt die Entstehungsgeschichte des Zentralrats der Muslime bzw. des Koordinierungsrates der Muslime der des Zentralrats.

Nach dem Grauen des Holocaust, zeichnete sich zunächst nichts weniger ab, als die Gründung eines Zentralrats der Juden in Deutschland. Die wenigen Überlebenden der jüdischen Gemeinschaft von 1946/47 hatten weder die Absicht, die Kraft oder den Willen sich zu organisieren, noch planten sie für sich und ihre Kinder eine Zukunft in Deutschland. Diejenigen, die das nationalsozialistische Terrorregime überlebt hatten, waren Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen (Alter, Krankheit und Traumatisierung) Deutschland nicht verlassen konnten und nicht im mindesten die Absicht hatten, in Deutschland wieder eine neue jüdische Gemeinschaft aufzubauen. Viele von den ca. 15.000 – 20.000 Überlebenden in Deutschland waren zudem auf der – meist vergeblichen - Suche nach ihren verschleppten und deportierten Angehörigen bevor sie Deutschland für immer verlassen wollten.

Es war der frühere Bundeskanzler, Konrad Adenauer, der Namensgeber der Konrad-Adenauer-Stiftung, der angesichts dieser Situation sehr schnell erkannt hatte, dass man auf jüdischer Seite einen

Gesprächspartner braucht, um mit den in Deutschland verbliebenen jüdischen Menschen, die die Shoa überlebt hatten, irgendwie umzugehen. Nachdem Erwägungen der Regierung bekannt wurden, eine Art „Referat für Judenfragen“ aufzubauen, entschloss man sich angesichts der nur kurze Zeit zurückliegenden Erfahrungen mit derartigen Ideen, selbst eine jüdische Organisation ins Leben zu rufen. Diese Organisation war jedoch eigentlich ausschließlich als eine Art Liquidationsverband gedacht. Es war geplant, dass der Zentralrat lediglich dafür sorgen sollte, dass die letzten in Deutschland verbliebenen Juden nach Palästina, Amerika oder wohin auch immer auswandern konnten, um dann gleichsam „das Licht auszuschalten“ und dann zu sagen: „Das war’s. Das war die Geschichte der Juden in Deutschland.“

Mit der Zeit stellte sich allerdings immer deutlicher heraus, dass es vielen Juden schlicht unmöglich war, das Land aus eigener Kraft zu verlassen. Dies hatte vielfältigste Gründe: Es fehlte an Geld, es fehlte die berufliche Qualifikation, es fehlte oftmals auch ein Stück weit an den notwendigen Sprachkenntnissen und es gab trotz allem häufig noch eine enge Bindung an Deutschland, an die Kultur, an die Sprache. Auch verlief die Erteilung von Visa für die Einwanderungsländer, da die Quoten für jüdische Flüchtlinge nicht erhöht wurden, vorsichtig ausgedrückt, mehr als schleppend. Dadurch war für viele die ersehnte Ausreise nach Palästina, in die USA oder ein anderes Land schlicht unmöglich.

So wurde aus der Not eine Tugend gemacht und man fing Stück für Stück an, sich wieder in jüdischen Gemeinden zu organisieren bzw. diese wieder aufzubauen – auch wenn man trotzdem immer innerlich

auf den inzwischen sprichwörtlich gewordenen „gepackten Koffern“ saß und keinesfalls an eine Zukunft hier in Deutschland glaubte, die einen langfristigen Charakter haben würde. Man schottete sich in diesen jüdischen Gemeinden gegen die nichtjüdische deutsche Gesellschaft ab und war verständlicherweise eigentlich hauptsächlich mit sich selbst und den eigenen Anliegen beschäftigt.

In diesem Kontext ist es wichtig, die Tatsache zu erwähnen, dass zu diesem Neuaufbau einer jüdischen Infrastruktur maßgeblich die sogenannten Displaced Persons beigetragen haben. Ein nicht unerheblicher Teil der 23.000 – 25.000 Juden, die bis 1989 in Deutschland lebten, entstammte der Gruppe dieser DP's. Sie müssen wissen, dass in den Jahren 1946-47 die Zahl der Juden in Deutschland sprunghaft auf ungefähr 200.000 - 250.000 angestiegen ist und dieser Umstand hing nicht etwa damit zusammen, dass etwa die deutschen Juden zurückgekehrt wären, sondern dass die Flüchtlingsströme aus Osteuropa und den befreiten Konzentrationslagern und Ghettos vor allem im Osten, Polen, der Ukraine und anderen Orten in die DP-Lager Richtung Westen flohen. Hier wurden sie dann in den DP-Camps interniert, um von dort ihre Ausreise vorzubereiten.

Wenn man es also genau nimmt, dann sind diejenigen, die heute in den jüdischen Gemeinden von sich als den „alteingesessenen Juden“ sprechen eigentlich selber Zuwanderer, denn sie sind die Nachkommen derer, die damals Flüchtlinge aus dem Osten waren. Leider erinnern sich oftmals zu wenige, die heute etwas selbstzufrieden auf die jüdischen Neuzuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion blicken, dieser Tatsachen.

Meine Damen und Herren, der Dialog zwischen Juden und Muslimen, aber natürlich auch der christlichen Gemeinschaft in Deutschland ist ein wichtiger Bereich der Arbeit im Zentralrat. Wobei ich mir die Bemerkung nicht verkneifen kann, dass wir als jüdische Gemeinschaft interessanterweise trotz vieler Unterschiede zwischen Judentum und Islam, zum Teil weniger große Verständigungsschwierigkeiten im Dialog mit muslimischen Organisationen haben als mit christlichen Gesprächspartnern. Auch wenn das Thema „Nahost“ oftmals zu Differenzen im Dialog zwischen Juden und Muslimen führt, so können wir doch oftmals sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit unseren muslimischen Brüdern und Schwestern feststellen. Vor allem fehlt hier erfreulicherweise der Drang sich wechselseitig zu bekehren, was im christlich-jüdischen Dialog leider immer wieder zu Verstimmungen und Dissonanzen führt.

Hinzu kommt, dass zwischen der muslimischen Minderheit und der jüdischen Minderheit eine ganze Menge an tagespolitischen Themen existieren, die uns gleichermaßen betreffen und damit verbinden. Zu den aktuell wichtigsten Themen gehören hierbei meiner Auffassung nach der gemeinsame Kampf gegen eine um sich greifende „Islamfeindlichkeit“, die in der Presse häufig mit dem Schlagwort „Islamophobie“ bezeichnet wird – ein wenig glücklicher Begriff - und der Kampf gegen Antisemitismus. Dieser Kampf sollte meiner Meinung nach von Juden und Muslimen als Minderheiten gemeinsam, offensiv und parallel geführt werden. Der verstorbene Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel sel. A. hat es einmal so umschrieben, dass Juden aufgrund ihrer Erfahrungen so etwas wie ein „spezielles Sensorium“ entwickelt haben, das sofort reagiert, wenn

*Religiöse Minderheiten in der Türkei und in Deutschland - am
Beispiel der jüdischen Gemeinde in Deutschland*

in der Gesellschaft Tendenzen um sich greifen, die auf Diskriminierung nicht nur von Juden, sondern von Minderheiten generell, zielen.

Andere Themen, die uns verbinden, sind das Schächten, die Kopftuchdebatte oder das Tragen von Davidstern und Kippa, der Bau von Synagogen bzw. von Moscheen. Sie alle werden noch die Diskussion in Deutschland darüber in Erinnerung haben, ob Minaretten höher sein dürfen als der Kölner Dom. Ich verschweige nicht, dass sich in dieser Debatte auch jüdische prominente Persönlichkeiten gegen den Bau der Kölner Moschee positioniert haben. Damit befindet er sich allerdings in einer absoluten Minderheitenposition. So hat sich z.B. die Kölner jüdische Gemeinde ausdrücklich dafür stark gemacht, dass die muslimische Gemeinschaft in Köln endlich eine angemessene Moschee erhalten soll. Ich kann Ihnen allerdings in diesem Zusammenhang versichern, dass auch wir Juden beim Bau von Synagogen und Gemeindezentren unsere Probleme haben.

Ich nenne nur Leipzig als ein Beispiel, wo der Bau eines Gemeindezentrums fast 1,5 Jahre dadurch verzögert wurde, dass Anwohner alle erdenklichen Rechtsmittel eingelegt haben, um eine Synagoge in ihrer Nachbarschaft zu verhindern. Die ins Feld geführten Gründe waren mehr als nur vorgeschoben und offenbarten ein hohes Maß an Ablehnung, dass sich nur mühsam hinter angeblichen Sicherheitsbedenken zu verstecken suchte.

Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel für eine Debatte, die wenig von der in Sonntagsreden immer wieder gern zitierten Toleranz zeugte, war die Ankündigung des ZDF vor vielen Monaten, in Anlehnung an

das traditionelle „Wort zum Sonntag“ im Ersten Programm ein „Forum zum Freitag“ für Muslime im Internet einzurichten. Diese Ankündigung verleitete den Generalsekretär einer bayerischen Volkspartei zu der Äußerung „man brauche in Deutschland keine Moscheesender“. Dies zeigte deutlich, dass offensichtlich bei manchem Politiker die Tatsache auch im Jahr 2007 noch nicht selbstverständlicher Teil des Selbstverständnisses ist, dass Deutschland inzwischen ein Land ist, in dem viele Kulturen, Religionen und Menschen unterschiedlichster Herkunft leben, die selbstverständlich auch ein Recht darauf haben sollten, mit ihren jeweiligen Religionen oder Kulturen – auch öffentlich als Teil dieser Gesellschaft wahrnehmbar, präsent zu sein. Das gleiche Recht müsste natürlich auch für die jüdische Gemeinschaft gelten. Warum soll es hier z.B. kein Wort zum Shabbat geben?

Und meine Damen und Herren, nicht nur an diesem Beispiel zeigt sich schon sprachlich ein mangelnder Respekt im Umgang mit religiösen Überzeugungen und den Repräsentanten der Religionen. Nicht nur diesen Respekt, müssen Muslime wie Juden in Deutschland gemeinsam als Minderheiten in einer weitgehend christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft immer wieder aufs Neue einfordern und bewahren.

Lassen Sie mich mit einem letzten Wort schließen. Ich denke, wir müssen aufpassen, dass wir, wenn wir von Integration in einer Mehrheitsgesellschaft sprechen, nicht die Geduld verlieren – das gilt für alle Seiten. Es gibt ein schönes indianisches Sprichwort. „Das Gras wächst nicht schneller wenn man daran zieht.“

Allerdings erlauben Sie mir den Zusatz diesem Satz. Man muss dafür

*Religiöse Minderheiten in der Türkei und in Deutschland - am
Beispiel der jüdischen Gemeinde in Deutschland*

sorgen, dass Sonne, Licht und Wasser da sind, damit dieses Gras überhaupt wachsen kann und das ist, glaube ich, genau der Punkt, wo wir ansetzen müssen. Es hängt sehr stark auch von der Mehrheitsgesellschaft ab wie sie mit ihren Minderheiten und auch mit ihren religiösen Minderheiten umgeht. Respekt ist das wichtigste Thema an dieser Stelle – wo er fehlt, können sich diese Minderheiten nicht entwickeln.